

Gemeinsame Resolution der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen/ GAL und UWG/öpd im Rat der Stadt Münster

Ratssitzung 05.04.2006

Gegen Kürzungen der Landesförderung bei Kindern, Jugendlichen und Familien

Der Rat der Stadt Münster appelliert an die Landesregierung und den nordrhein-westfälischen Landtag:

1. die im Kinder- und Jugendförderungsgesetz vorgesehenen 96 Millionen Euro in den Haushalt einzustellen;
2. die Kürzungen der Sachkostenzuschüsse für die Kindertageseinrichtungen zurückzunehmen;
3. den Ausgleich von Elternbeitragsdefiziten weiterhin zu gewährleisten;
4. keine Verlagerung von finanziellen Lasten auf Eltern und Kommunen vorzunehmen
5. die geplanten Kürzungen im Bereich Familienbildung, Jugendarbeit, Drogenhilfe, Frauenhäuser und Erziehungsberatung zurückzunehmen.

Mit der erstmaligen Verabschiedung eines Kinder- und Jugendförderungsgesetzes durch den nordrhein-westfälischen Landtag am 06. Oktober 2004 wurde die Kinder- und Jugendarbeit auf eine verlässliche und berechenbare Grundlage gestellt. Alle Fraktionen des Landtages hoben damals die Bedeutung des Gesetzes hervor und legten den Anteil der Landesfinanzierung an der Kinder- und Jugendarbeit auf 96 Millionen Euro für die Jahre 2006 bis 2010 fest. Die Landesregierung hat in ihrem aktuellen Haushaltsentwurf diese Förderung jedoch auf 75 Millionen Euro reduziert. Das zentrale Ziel des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes NRW, die Herstellung von Planungssicherheit im Bereich der Kinder- und Jugendförderung, wird damit ausgehebelt. Bei einer zeitlich uneingeschränkten Absenkung des Ansatzes auf 75 Millionen Euro wird es auf Dauer zu einem inakzeptablen Qualitätsverlust der Kinder- und Jugendarbeit kommen. Damit würde nicht nur diese unverzichtbare Arbeit in Frage gestellt, sondern auch die Glaubwürdigkeit der Politik aufs Spiel gesetzt.

Im Landeshaushalt 2004/ 2005 wurden im Rahmen der Haushaltskonsolidierung die Sachkostenzuschüsse für Kindertageseinrichtungen gekürzt. Dies geschah in Kooperation mit den betroffenen Einrichtungen und Trägern, da das Land eine gesetzlich verankerte einjährige Befristung dieser Maßnahme und damit ein Wiedereinsetzen der Mittel ab dem Jahr 2006 zusicherte. Die neue Landesregierung will diese Befristung nunmehr jedoch nicht aufheben und den Zuschuss zu den Sachkosten um 72 Millionen Euro kürzen. Damit würden sich die Bedingungen in den Kindertageseinrichtungen drastisch verschlechtern. Die ausbleibende Landesförderung würde zu Kürzungen in der pädagogischen Arbeit führen.

Überfällige Ersatzbeschaffungen können nicht erfolgen. Mittel für die Umwandlung von Räumen für veränderte Anforderungen für Kleinkinder stünden nicht zur Verfügung.

Darüber hinaus will die Landesregierung ab dem 01.07.2006 aus der Ausgleichsregelung mit den Kommunen für nicht realisierte Elternbeiträge aussteigen. Gleichzeitig sollen vor diesem Hintergrund die Elternbeiträge zukünftig durch die Kommunen festgelegt werden. Damit würde das Land Lasten auf Eltern und Kommunen abwälzen und seiner Verantwortung für die Förderung von Familien und Kindern nicht gerecht. Diese geplanten Verschlechterungen sind eindeutig die falsche Antwort vor allem auch auf den notwendigen Ausbau von Plätzen für Kinder unter drei Jahren.

Die parallel geplanten Kürzungen in den Arbeitsfeldern der Beratungsstellen, Familienbildungsstellen, Frauenhäuser, Familienselbsthilfe, Familienverbände, Jugendhilfe und Weiterbildung um durchschnittlich rd. 20 % würden diese kinder-, jugend- und familienbezogenen Angebote erheblich schwächen bzw. einschränken. Die Folge wären weniger begleitende Hilfen für Familien, weniger Unterstützung der Erziehungsleistung von Eltern, weniger Hilfen in Krisensituationen, Rückgang präventiver Angebote für Eltern und ihre Kinder, höhere Preise für Bildungsveranstaltungen und weniger Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements. Die massiven Kürzungen im Bereich der Drogenhilfe werden dazu führen, dass das bestehende Hilfenetz gefährdet ist, die Verelendung abhängiger Menschen fortschreitet und der öffentliche Raum stärker belastet wird.

Bildung, Erziehung und Betreuung sowie die Förderung von Familien brauchen gerade jetzt einen Ausbau und eine Qualifizierung der bestehenden Angebote als Investition in die Zukunft. Nur dadurch kann die Situation für Kinder, Jugendliche und Familien deutlich verbessert werden. Die von der NRW-Landesregierung beabsichtigten Kürzungen sind deshalb nicht nachvollziehbar. Sie stehen auch im deutlichen Widerspruch zu Versprechungen vor der Landtagswahl 2005 und zu Zusagen aus dem Koalitionsvertrag. Der Rat der Stadt Münster fordert die Landesregierung auf, den Worten auch Taten folgen zu lassen.

gez.

Wolfgang Heuer
und SPD-Fraktion

Hery Klas
und Fraktion Die Grünen/GAL

Fritz Pfau
und UWG-/ ödp-Fraktion